

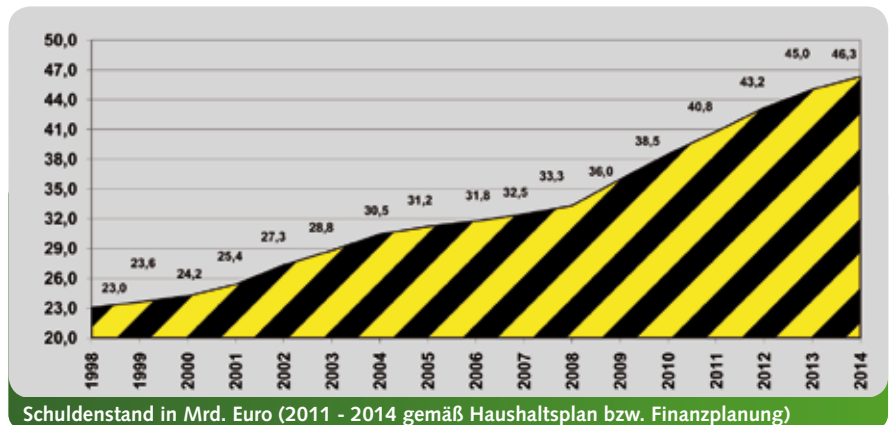
SCHWARZ-GELBE SCHULDENBERGE

Nach den Rekordverschuldungen der letzten Jahre haben die hessischen Regierungsfractionen CDU und FDP auch im Jahr 2010 mehr als 2,5 Milliarden Euro neue Schulden zu verantworten; trotz der Debatte um die Schuldenbremse wurde also weiter kräftig zugelegt. Bekanntlich diskutierte die Landespolitik intensiv darüber, sich die Neuverschuldung für die Zukunft zu verbieten, weil man endlich den gefährlichen Weg in Richtung Staatspleite verlassen will. Das Verschuldungsverbot, das durch die Volksabstimmung im März 2011 auch Teil der hessischen Verfassung wurde, gilt allerdings erst ab 2020, so dass bis dahin mit etlichen weiteren Schulden-

Milliarden gerechnet werden muss. Bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode werden die Finanzminister Weimar und Schäfer (beide CDU) rund die Hälfte aller Schulden gemacht haben, die es

in der dann fast 70jährigen Geschichte Hessens insgesamt gab. Eine Bilanz, auf die niemand stolz sein kann.

Fortsetzung S. 2



NEUREGELUNG DES LÄNDERFINANZAUSGLEICHS

Transparent, fair, solidarisch und anreizorientiert

Der Länderfinanzausgleich (LFA) ist dringend reformbedürftig. Er belastet den hessischen Landeshaushalt in besonderer Weise. So musste Hessen 2009 bei einem Haushaltsvolumen von rund 21 Mrd. Euro über 1,8 Mrd. Euro in den LFA einzahlen, für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 sind 2,2 und 1,9 Mrd. Euro eingeplant. Diese Belastung wird in Wahlkampfzeiten gern populistisch instrumentalisiert. Insbesondere von CDU und FDP wird darauf verwiesen, dass sich manche Nehmerländer „mehr leisten“ würden als das Geberland Hessen. Abgesehen davon, dass jedes Bundesland in eigener Zuständigkeit entscheidet, ob es in Kinderbetreuung und Schulen investiert oder eben überflüssige Flughäfen wie Kassel-Calden ausbaut – solche Neiddebatten führen jedenfalls nicht zu sachgerechten Lösungen. Unbestritten ist, dass der LFA in der jetzigen Form dringend auf den Prüfstand

gehört. Er ist viel zu kompliziert, nicht zu durchschauen und enthält keine Anreize für die Nehmerländer, sich stärker um eigene Einnahmen zu bemühen.



Im Gegenteil: Finanzbeamte, zum Beispiel Betriebsprüfer und Steuerfahnder, muss jedes Bundesland aus eigener Tasche bezahlen. Mehreinnahmen, die die Beamten erzielen, werden aber umverteilt. So ermuntert der Finanzausgleich gegenwärtig weder die Geber- noch die Nehmerländer dazu, Steuerbetrüger stärker zur Kasse zu bitten.

Das jetzige System des LFA ist noch bis zum Jahre 2019 in Kraft. Die Zeit bis dahin muss klug genutzt werden, um die erkannten Mängel abzustellen. Die GRÜNEN Landtagsfractionen der Geberländer Baden-Württemberg, Bayern und Hessen haben deshalb gemeinsam mit den Nehmerländern Sachsen und Nordrhein-Westfalen ein Gutachten in Auftrag gegeben. Darin hat die Verwaltungswissenschaftlerin Prof. Nathalie Behnke ein neues Modell entworfen.

Fortsetzung S. 3



Fortsetzung von S. 1

Aus unserer Sicht sind die Verschuldungsdaten das deutliche Erkennungszeichen für eine völlig desaströse Haushaltswirtschaft – ganz im Kontrast zu dem beliebten Märchen, die Schwarzen



könnten gut mit Geld umgehen. Offensichtlich ist das genaue Gegenteil wahr.

GESPART WIRD AN DEN FALSCHEN STELLEN

Und dies unabhängig davon, wie oft der Finanzminister das in der Politik so beliebte Wort von der „Haushaltskonsolidierung“ in den Mund nimmt. Er will nämlich nicht zur Kenntnis nehmen, dass Konsolidierung nur dann stattfindet, wenn die Ausgaben tatsächlich weniger werden, und man eben nicht noch mehr Geld pumpt als im Vorjahr.

Für das kommende Haushaltsjahr 2012 wurden von CDU und FDP jetzt Kürzungen angekündigt, natürlich an den völlig falschen Stellen wie zum Beispiel bei der Bildung – Schulen und Hochschulen in Hessen werden womöglich mehr als 100 Millionen Euro verlieren. Und gleichzeitig soll für einen Flugplatz bei Kassel, den niemand braucht und keine Fluggesellschaft anfliegen möchte, die eingesparte Summe gleich doppelt wieder rausgeworfen werden. Kein Wunder, dass der hessische Schuldenberg immer weiter anwächst...

HESSEN TRITT AUF DIE SCHULDENBREMSE

Ab 2020 dürfen die Bundesländer keine neuen Schulden machen. So sieht es das Grundgesetz vor und nach der Entscheidung des Volkes auch die Hessische Verfassung. Diese „Schuldenbremse“ stellt die hessische Politik vor gewaltige Herausforderungen, denn innerhalb der letzten Jahrzehnte wurde in Hessen ein Schuldenberg von rund 40 Milliarden Euro angehäuft. Im Jahr 2011 sind von den hessischen Landesausgaben in Höhe von bereinigt mehr als 21 Milliarden Euro immer noch 2,27 Milliarden mit neuen Krediten geplant – jeder 10. Euro, den Hessen ausgibt, ist also gepumpt.

2020 OHNE NEUE SCHULDEN

Wir bekennen uns von Anfang an zu dem Ziel, spätestens ab 2020 ohne neue Schulden auszukommen. Es darf kein weiter so mit dem Verschuldungsstaat geben. Deshalb haben wir als erste Fraktion im Hessischen Landtag Konzepte vorgeschlagen, wie die Schuldenbremse umgesetzt werden kann, und

bei der Formulierung der Verfassungsänderung wesentliche Punkte durchgesetzt: Die Schuldenbremse geht nicht zu Lasten der Gemeinden, Städte und Kreise in Hessen. Und um die Schuldenbremse einzuhalten müssen sowohl die Ausgaben als auch die Einnahmen des Staates in den Blick genommen werden. Wer nämlich glaubt, die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben allein mit dem Rotstift schließen zu können, wird Schiffbruch erleiden. Die Schuldenbremse darf nicht zu einem handlungsunfähigen Staat führen.

ES GEHT UM EINEN DREISCHRITT

Vielmehr geht es um einen Dreischritt aus der Definition der notwendigen staatlichen Leistungen, der effizienten Erbringung dieser Leistungen sowie der Sicherung der dazu notwendigen Einnahmehasis für die öffentliche Hand. Nachhaltig und generationengerecht handelt der Staat nur dann, wenn die Bereitstellung aller erforderlichen öffentlichen Leistungen aus den laufenden



Einnahmen eines Jahres ohne neue Schulden finanziert werden kann.

GESELLSCHAFTLICHEN KONSENS HERSTELLEN

Wir fordern eine breite gesellschaftliche Verständigung über die Fragen: Welchen Staat wollen wir? Wie setzen wir die Prioritäten, wenn es darum geht, öffentliche Leistungen ausschließlich mit Steuereinnahmen bereitzustellen? Welche Steuereinnahmen brauchen wir dafür?

www.gruene-hessen.de -
Konzepte für Hessen

ELLEN ENSLIN



Sprecherin für Kommunales und Datenschutz

Tel.: 0611/350 620
e.enslin@ltg.hessen.de
www.ellen-enslin.de

SIGRID ERFURTH



Stellv. Fraktionsvorsitzende / Sprecherin für Finanzen, Europa und Werra

Tel.: 0611/350 743
s.erfurth@ltg.hessen.de
www.sigrid-erfurth.de



Fortsetzung von S. 1

Es sieht vor, dass sich alle Länder künftig eigene finanzielle Spielräume erwirtschaften. Darüber hinaus soll nur dort solidarische Unterstützung geleistet werden, wo dies auf Grund von strukturellen Unterschieden zwischen den Bundesländern nötig bleibt. Nur dort,



Länder sollen eigene Spielräume schaffen

wo durch die demografische Entwicklung, die soziale Schichtung oder durch die Bevölkerungsdichte messbare Unterschiede herrschen, sollen künftig noch Ausgleichszahlungen fließen.

REGIERUNG OHNE KONZEPT

Wir haben uns früh auf den Weg gemacht, für die Zeit nach dem Ende des jetzigen Finanzausgleichs nach einem neuen Modell zu suchen. Schließlich müssen alle Bundesländer ins Boot und dazu werden noch viele, viele Gespräche nötig sein. Um die Debatte um den LFA in Gang zu bringen, haben wir im Land-

tag gemeinsam mit den Fraktionen von CDU und FDP einen Antrag verabschiedet, schon jetzt mit den Verhandlungen zu beginnen. Nun ist die Landesregierung am Zug, diesen Verhandlungsauftrag umzusetzen. Bisher ist jedoch nicht erkennbar, welche Richtung sie in den Verhandlungen einschlagen wird. Das anhaltende Wehklagen darüber, dass die Zahlungen in den Finanzausgleich Hessen überfordern würden, ist noch kein Konzept.

www.gruene-hessen.de -
Themen - Finanzen

BREITBAND: HESSEN HINKT NACH

Nach einer aktuellen Umfrage der Industrie- und Handelskammer ist der Internetzugang bei 88 Prozent der hessischen Unternehmen nur mit unzureichender Geschwindigkeit möglich. Bei der Hälfte der Unternehmen ist die Datenübertragungsratesogar so niedrig, dass sich daraus Beeinträchtigungen im Betriebsablauf ergeben. Alle Unternehmen, aber auch Freiberufler und private Haushalte, sind längst auf eine schnelle Internetverbindung angewiesen. Jahrelang hat sich die Landesregierung darauf

beschränkt, lokale Informationsveranstaltungen durchzuführen. Nun hat sie endlich damit begonnen, auch Fördermittel bereitzustellen. Trotzdem hinkt Hessen in Sachen Breitbandförderung immer noch hinterher.

DASEINSFÜRSORGE

Die Versorgung mit leistungsfähigen Breitband-Netzen ist für uns Teil der kommunalen Daseinsvorsorge. Sie ist Voraussetzung für Prosperität und ein zunehmend wichtiger Faktor für Lebensqualität vor Ort. Gerade die Kommunen im ländlichen Raum erleiden in einer Zeit des demografischen Wandels zusätzliche Nachteile, wenn sie von schnellen Internetverbindungen abgeschnitten sind. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Bund, Länder und Kommunen durch eigene Investitionen oder die Schaffung von Anreizen di-

rekt dafür sorgen, die bestehende Wirtschaftlichkeitslücke zu schließen. Sie entsteht, weil der Ausbau solcher Netze sich für die Privatwirtschaft erst über sehr lange Zeitspannen lohnt: In dichter besiedelten Gebieten weit schneller als in weniger dicht besiedelten.

Diese Wirtschaftlichkeitslücke wollen wir durch staatliche Investitionen, Anreizsysteme und Maßnahmen zur Stimulierung des Marktes schließen. Es genügt beim Breitbandausbau eben nicht abzuwarten, wann der Markt reagiert. Alle Staaten, die sich aktiv für den Ausbau des Breitband-Netzes einsetzen, haben heute eine weit bessere Versorgung als Deutschland. Auch Hessen muss deshalb eine klare Strategie zum Ausbau des Breitbandnetzes verfolgen, damit leistungsfähige Internetanschlüsse nicht nur in den Städten, sondern im ganzen Land verfügbar sind.

www.gruene-hessen.de -
Themen - Landesentwicklung



Die optimale Versorgung derzeit nur in Ballungsräumen

FRANK KAUFMANN



Sprecher für Haushalt, Finanzcontrolling, Flugverkehr und Straßenbau

Tel.: 0611/350 747
fp.kaufmann@ltg.hessen.de
www.frank-kaufmann.de

KAI KLOSE



Sprecher für Landesplanung, Regionalentwicklung und Wohnen

Tel.: 0611/350 673
k.klose@ltg.hessen.de
www.kai-klose.de



GRÜNE FORDERN MASTERPLAN FÜR KOMMUNEN

Die Finanzsituation der hessischen Kommunen hat sich 2010 zugespitzt. Neben den Steuerausfällen durch die Wirtschafts- und Finanzkrise mussten sie auch noch die Steuergeschenke der schwarz-gelben Bundesregierung mitbezahlen. Allein durch die bereits rechtskräftigen Maßnahmen fließen Jahr für Jahr rund 200 Millionen Euro weniger in die kommunalen Kassen Hessens.

Insgesamt mussten die hessischen Kommunen 2010 ein Finanzierungsdefizit von mehr als 2,6 Milliarden Euro hinnehmen und damit das höchste bundesweit. Besonders betroffen sind die hessischen Landkreise. Zum Jahresende 2010 betrug ihr kumuliertes Defizit bereits rund 2,5 Milliarden Euro und wird sich sogar noch erheblich steigern. Neben diesen Haushaltsdefiziten belasten Kassenkredite die Kommunen zusätzlich und ticken als finanzielle Zeitbombe. Und in dieser Situation entzieht die schwarz-gelbe

Landesregierung den Kommunen noch einmal über 340 Millionen Euro pro Jahr aus dem Kommunalen Finanzausgleich. Auch bei der Finanzierung des Mindeststandards für die Kinderbetreuung hat diese Regierung die Kommunen allein gelassen. Städte und Gemeinden, die diese Mindeststandards besonders früh in ihren Kindertagesstätten verwirklicht haben, sollen für diese lobenswerte Eigeninitiative großteils keine Landesförderung erhalten – trotz vorheriger öffentlicher Zusagen.

Weitere Kostenbelastungen kommen auf die Kommunen zu: Ab 2013 die Ko-



Die finanzielle Lage ist dramatisch

sten für die Betreuung der unter Dreijährigen. An den Unterbringungskosten der Hartz-IV-Empfänger beteiligt sich der Bund nur mit einem Viertel, obwohl angesichts der Kostenentwicklung weit mehr nötig ist. Daneben müssen die Kommunen noch die Belastungen des demografischen Wandels auffangen und wichtige Integrationsarbeit leisten. Nur wenn im Rahmen eines Masterplans alle staatlichen Ebenen mithelfen, können die kommunalen Finanzen wieder ins Gleichgewicht kommen: Auf Bundesebene muss die Gewerbesteuer stabilisiert und zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer ausgebaut werden. Auf Landesebene ist der Kommunale Finanzausgleich umfassend zu reformieren, damit die kommunalen Einnahmen stetiger fließen. Aber auch Städte und Gemeinden müssen ihre Einsparpotentiale nutzen und zum Beispiel die interkommunale Zusammenarbeit ausbauen.

NACHHALTIGER TOURISMUS FÜR HESSEN

Hessen ist ein Reiseland – für die Hessinnen und Hessen selbst, für Menschen aus anderen deutschen Regionen und ebenso für manche internationale Gäste. Hessen bietet attraktive städtische Reiseziele genauso wie naturbelassene Landschaft, aber auch eine bunte Palette vielfältiger Heilbäder. Wo sich reizvolle Landschaften mit kulturellen Anziehungspunkten oder historischen Sehenswürdigkeiten verbinden, entstehen attraktive Reiseziele für den Tagesausflug wie auch für den längeren Aufenthalt.

Bisher bleibt manch touristisches Potenzial unseres Landes ungenutzt. Die Lan-

desregierung und die von ihr beauftragte HessenAgentur haben sich sehr stark auf die Ansprache internationaler Gäste konzentriert. Wir GRÜNE wollen eine Tourismusförderung, die die Stärken der hessischen Reiseziele zu Angeboten auf dem immer vielfältigeren Reisemarkt weiterentwickelt und so für den Kulturtouristen über die Aktivurlauberin bis hin zum Wellnessreisenden attraktiv ist.

MEHR LEBENSQUALITÄT

An Orten, die von Touristinnen und Touristen besucht werden, profitieren auch die Einheimischen vom steigenden Freizeit- und Kulturangebot. Landestourismusförderung nach unserem Verständnis schließt deshalb stets auch die Verbesserung der Lebensqualität der in der Region lebenden Menschen ein.

Die Fraktion wird ein Zukunftskonzept für die hessische Reisebranche vorlegen. Die Grundmelodie des nachhaltigen Tourismus-Konzepts bildet dabei für uns ein Fünfklang aus (regionaler) wirtschaftlicher Wertschöpfung, den Bedürfnissen der Gäste, einer intakten Natur, attraktiven Kulturangeboten und der Lebensqualität der einheimischen Bevölkerung.

MARGARETHA HÖLDOBLER-HEUMÜLLER



Sprecherin für Wirtschaft,
Aus- und Weiterbildung

Tel.: 0611/350 748
m.hoelldobler-heumueller@ltg.hessen.de
www.hoelldobler-heumueller.de

IMPRESSUM

Herausgeberin
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden
Tel.: 0611/350 582
E-Mail: gruene@ltg.hessen.de

V.i.S.d.P.
Mathias Wagner
Parlamentarischer Geschäftsführer

Redaktion & Layout
Till Haupt

Fotos
Eigene, pixelio.de
Druck Juni 2011